

Zahl: ha004.1-6/2026-12

Niederschrift Nr. 03/2026

der Gemeindevertretungssitzung
unter dem Vorsitz von Bgm. Dr. Martin H. Staudinger
am Mittwoch, den 29.04.2026 um 19:00 Uhr
im Rathaus der Marktgemeinde Hard

Anwesende

Zukunft Hard

Vize-Bgm. René Bickel
MMag. Nadine Häusler-Amann
Mag. Herbert Motter
Benno Feldkircher
Bernd Hartmann
Besime Sahin
Bernd Immler
Andrea Kölbl
Marius Amann, MBA
Otmar Weissenbach
Michael Osti
RA Dr. Martin Kloser
Günter Truppe

Martin Staudinger – Mitanand für Hard

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger
Andrea Mairhofer statt Elfriede Bastiani
Kathrin Löschke statt Vedat Coskun
Dorothea Hammer
Natasa Dzehverovic statt Roman Latschrauner
Urs Hämmerle
Eda Aykac
Mario Grisenti

Grünes Hard

Gabriele Büchele

Tanja Kopf statt Mag. (FH) Sanel Dedic

Karl-Heinz Bonetti statt DI Dr. Walter Fitz

Gabriele Rohner statt Susanne Kainz

Ing. Georg Klapper

Benno Frischke

Mir Harder Freiheitliche

Ing. Johannes Reumiller

Günter Stoppel

Alexander Berchtold

Christine Brun statt Simone Purtauf

Ja für Hard

Oliver Kitzke

NEOS

Christian Prossliner

Schriftführung

Amtsleiter Mag. Christian Mungenast

Auskunftspersonen

Matthias Österle (Amt) TOP 3.

Bastian Rauscher, BSc (Amt). TOP 5.

Arnold Burtscher, BSc. (Amt) TOP 7.

Kdt. Christoph Steiner (Amt) TOP 7.

David Lindner (Amt) TOP 8-12.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger begrüßt die Gemeindevertretung, die Ersatzmitglieder, das Team des Rathauses, die Pressevertretung und die Zuhörenden.

Es wird festgestellt, dass die Einladungen zeitgerecht zugegangen sind und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger stellt den Antrag, dass das Thema „Anpassung Geschäftsordnung und Satzung Wasserverband Hofsteig“ in die Tagesordnung aufgenommen wird und nach dem TOP 14. „Mir Harder Freiheitliche: Umbesetzung Ausschüsse“ behandelt wird.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger stellt den Antrag, dass das Thema „Tarife für das Schuljahr 2026/27“ in die Tagesordnung aufgenommen wird und nach dem TOP 15. „Anpassung Geschäftsordnung und Satzung Wasserverband Hofsteig“ behandelt wird.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

Hinweis: Für Aufnahme eines TOP zu Beginn der Sitzung ist eine 2/3-Mehrheit notwendig.

Dies ergibt folgende Tagesordnung:

1. Berichte und Mitteilungen
2. Öffentliche Fragestunde
3. Wahl eines Gemeindevorstandes
4. Antrag auf Veranlassung der grundbücherlichen Durchführung eines Teilungsplans nach dem Liegenschaftsteilungsgesetzes und Zustimmung der Zu- und Abschreibung von Teilflächen, Steinlochstraße
5. Auftragsvergabe Baumeisterarbeiten Rauhholzstraße/Quellenstraße
6. Historische Schifffahrt Bodensee - Pachtvertrag und Fördervereinbarung
7. Anpassung der Parkabgabenverordnung
8. Kenntnisnahme Prüfbericht zum Rechnungsabschluss 2025
9. Rechnungsabschluss 2025 der Marktgemeinde Hard
10. Kenntnisnahme Wasserwerk Hard-Fußach
11. Jahresabschluss 2025 der Harder Sport- und Freizeitanlagen BetriebsgesmbH, Entlastung der Geschäftsführer sowie Entsendung in die Generalversammlung
12. Kenntnisnahme Budgetzeitplan 2027
13. Bericht über den Antrag „Offene bzw. nicht umgesetzte Beschlüsse der Gemeindevertretung“: Zukunft Hard, Mitand für Hard, Grünes Hard, Mir Harder Freiheitlichen, NEOS Hard, JA für Hard
14. Mir Harder Freiheitliche: Umbesetzung Ausschüsse
15. Anpassung Geschäftsordnung und Satzung Wasserverband Hofsteig
16. Tarife für das Schuljahr 2026/27
17. Genehmigung der letzten Niederschrift
18. Allfälliges

1. Berichte und Mitteilungen

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger berichtet über Veränderungen innerhalb der Fraktion „Mir Harder Freiheitliche“. Es gebe sowohl Zugänge als auch Abgänge, namentlich Sandra Jäckel und Bernd Schneider. Er schildert einige persönliche gemeinsame Begegnungen und dankt Sandra Jäckel für die Zusammenarbeit der letzten Jahre.

Sandra Jäckel erklärt, sie blicke mit einem sehr persönlichen und emotionalen Gefühl auf ihre Zeit in der Gemeindevertretung zurück. Die ersten Sitzungen in Hard seien für sie spannend gewesen. Hard sei eben auch „hart“ gewesen. Aufgrund ihrer Herkunft aus dem Kleinwalsertal und der Tatsache, dass es dort zumindest damals kein Rednerpult gab, war sie

es gewohnt, dass förmlich „herausgeschrien“ worden sei. Diese Erfahrungen hätten sie geprägt und aber auch ihr Selbstvertrauen wachsen lassen. Sie selbst sei daran gewachsen. Sie habe viele tolle Menschen in Hard und insbesondere in der Gemeindevertretung kennenlernen dürfen und dankt für die Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Es sei ihr stets wichtig gewesen, einander ehrlich zu begegnen, nicht nur im Sitzungszimmer, sondern auch außerhalb. Dies verstehe sie als gelebte Gemeindepolitik. Der Alltag dürfe dabei nicht vergessen werden. Dies habe sie auch im Wahlkampf so gelebt, indem man sich auf Augenhöhe begegnet sei.

Ein besonderer Dank gelte Amtsleiter Mag. Christian Mungenast sowie allen Mitarbeitenden in der Verwaltung und der Gemeinde generell. Erst deren Arbeit, Hilfsbereitschaft und respektvoller Umgang mit den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern würden vieles möglich machen. Dafür spreche sie einen recht herzlichen Dank aus. Sie sei zwar keine gebürtige Harderin, dennoch sei ihr die Gemeinde sehr ans Herz gewachsen. Auch wenn sie nun umziehe, werde sie Hard treu bleiben. Es werde sicherlich Möglichkeiten geben, einander etwa bei der Abendbrise oder beim Abendtörn wiederzutreffen. Politisch bleibe sie als Bundesrätin aktiv und habe für alle weiterhin ein offenes Ohr. Man könne sich jederzeit gerne an sie wenden. Sie wünsche von Herzen, dass viele begonnene Projekte zum Wohle der Gemeinde und aller Harderinnen und Harder gut weitergeführt und abgeschlossen werden könnten. In diesem Sinne trage sie Hard im Herzen.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger spricht auch Bernd Schneider, seinen persönlichen Dank und seine Wertschätzung aus. Er habe sich als sehr engagierter und sachlichorientierter Mandatar eingebracht.

Als neue Mandatare in der Gemeindevertretung begrüßt er Alexander Berchtold und Simone Purtauf. Da Bernd Schneider auch als Gemeindevorstand ausscheide, finde heute zudem eine Neuwahl für den Gemeindevorstand statt.

Weiter berichtet Bgm. Dr. Martin H. Staudinger, dass in den Verfahren beim Verfassungsgerichtshof zur Zweitwohnsitzabgabe der Jahre 2021 sowie 2022 wurde von der Gemeinde eine Aufstellung über die finanziellen Belastungen der Zweitwohnsitze gem. der Handreichung des Gemeindeverbandes übermittelt. Ein weiteres Verfahren ist beim Verwaltungsgerichtshof sowie Verfassungsgerichtshof für das Jahr 2022 anhängig. Zusätzlich wurden Vorlageanträge für Beschwerden zu Hafengebühren 2025 gestellt, deren Akten an das Landesverwaltungsgericht übermittelt wurden.

2. Öffentliche Fragestunde

Bürgerin Sabrina Pajnik, wohnhaft im Rabenweg, bringt ihr Anliegen betreffend den geplanten Durchstich Falkenweg/Rabenweg im Bereich Bommen vor. Sie berichtet von einer Petition der Bewohnerinnen und Bewohner. Zwar sei bekannt, dass in den nächsten drei

Jahren nichts umgesetzt werde, dennoch wolle man das Thema gerne erledigt wissen. Es bestehe die Sorge über ein erhöhtes Verkehrsaufkommen sowie eine Einschränkung der Lebensqualität. Es helfe aus ihrer Sicht nicht, wenn das Thema lediglich verschoben beziehungsweise mitgeteilt werde, dass vorerst noch nichts passiere. Die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner wollten frühzeitig reagieren können und gehört werden. Zudem wünsche man sich ein entsprechendes Feedback, da man Informationen bislang lediglich über das Gemeindeblatt erhalte.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger erklärt, dass es sich um Themen handle, die bereits seit längerer Zeit diskutiert werden würden. Das Projekt stehe im Zusammenhang mit dem Projekt „Bommen“. Die angesprochene Thematik beziehungsweise Problematik sei bekannt und werde in den Ausschüssen behandelt. Derzeit sei die Angelegenheit jedoch noch nicht spruchreif. Das Thema sei sowohl im Mobilitätsausschuss als auch im Entwicklungs- und Planungsausschuss gut aufgehoben. Zudem bestehe die Möglichkeit, eine Vertreterin zu einer Sitzung einzuladen. Die entsprechenden Kontaktdaten lägen vor.

3. Wahl eines Gemeindevorstandes

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger erläutert das Prozedere gemäß dem Gemeindegesetz sowie das Wahlverfahren nach D'Hondt. Für die Durchführung der Wahl würden Stimmenzähler benötigt. Als solche werden Ing. Georg Klapper, Dorothea Hammer und Bernd Hartmann bestellt. Er erklärt weiters, dass ein „Ja“ als Zustimmung gelte und auch die Nennung des Namens „Johannes Reumiller“ als Zustimmung gewertet werde.

Mitarbeiter Matthias Österle teile für die geheime Abstimmung die vorbereiteten leeren Stimmzettel aus. Die Stimmenzähler fänden sich hierzu vorne bei Matthias Österle ein und gäben ihre eigenen Stimmzettel ab. Anschließend gehe Matthias Österle mit der Urne durch die Reihen, sodass die restlichen Stimmen eingeworfen werden könnten.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger versichert sich und fragt nach, ob tatsächlich alle anwesenden, stimmberechtigten Mandatäre ihre Stimme abgegeben haben.

Anschließend erfolgt die Stimmenzählung durch die drei ernannten Stimmenzähler.

Die Abstimmung ergibt von insgesamt 33 möglichen Stimmen 33 Zustimmungen.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger gratuliert Ing. Johannes Reumiller zur einstimmigen Wahl, dieser bedankt sich für das Vertrauen und versichert, dass er sich auch weiterhin mit vollem Einsatz für die Marktgemeinde engagieren werde.

An das
Marktgemeindeamt Hard
z.H. Bürgermeister Dr. Martin Staudinger

Marktstraße 18
6971 Hard

Dienstag, 28.04.2026

Nachbesetzung im Gemeindevorstand – Vorschlag Ing. Johannes Reumiller

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aufgrund des Ausscheidens von GR Schneider Bernd aus dem Gemeindevorstand der Marktgemeinde Hard ist eine Nachbesetzung erforderlich.

Im Sinne einer geordneten Weiterführung der Gemeindearbeit erlauben wir uns, folgenden Vorschlag zu unterbreiten:

Herr

Ing. Johannes Reumiller

wird als neues Mitglied in den Gemeindevorstand vorgeschlagen.

Wir ersuchen, diesen Vorschlag in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu behandeln und einen entsprechenden Beschluss herbeizuführen.

Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



GV Ing. Reumiller Johannes



GV Stoppel Günter



GV Berchtold Alexander

4. Antrag auf Veranlassung der grundbücherlichen Durchführung eines Teilungsplans nach dem Liegenschaftsteilungsgesetzes und Zustimmung der Zu- und Abschreibung von Teilflächen, Steinlochstraße

Im Bereich der ehemaligen Bäckerei Kainz in der Steinlochstraße / Sägewerkstraße plant das Architekturbüro Früh die Erweiterung des neu entwickelten Quartiers entlang der Steinloch bzw. Lochbachstraße. Im Zuge der dazu erforderlichen Planungsarbeiten wurde zu einer Grenzvermessung eingeladen. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass der bestehende Grenzverlauf nicht mit den tatsächlichen baulichen Gegebenheiten bzw. dem Naturbestand übereinstimmt.

Im südlichen Abschnitt des Grundstücks Gst.-Nr. 2471/3, KG Hard, soll der Grenzverlauf daher an die bestehende Mauer sowie an den Verlauf des Gehsteigs angepasst werden. Durch diese Korrektur würden insgesamt rund 10 m² des Grundstücks 2471/3, KG Hard, an die Gemeinde übergehen, während im Gegenzug etwa 18 m² der öffentlichen Fläche der Straße Gst.-Nr. 2602/1 KG Hard an den Eigentümer der Liegenschaft 2471/3, KG Hard, übertragen werden.

Grundsätzlich handelt es sich um eine Richtigstellung des bisherigen, historisch gewachsenen Grenzverlaufs, sodass dieser künftig dem tatsächlichen Verlauf des Naturbestandes entspricht.

Im Ausschuss Entwicklung und Planung vom 27.01.2026 wurde die Grenzbereinigungen im Bereich des Grundstückes 2471/3 KG Hard einstimmig empfohlen.

Antrag: Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe den Antrag auf Veranlassung der grundbücherlichen Durchführung des Teilungsplans der Markowski Vermessung ZT GmbH, Gst.-Nr. 2471/3 und Gst.-Nr. 2602/1 (Straßenparzelle) beide KG Hard, gemäß beiliegendem Vermessungsplan GZ 23.744W/25 vom 25.09.2025, sowie die Vereinbarungen betreffend die Zuschreibung des Trennstücks 1 zum Grundstück 2602/1 (Straßenparzelle), sowie Abschreibung des Trennstück 2 vom Grundstück Gst.-Nr. 2602/1 nach den Bestimmungen des Liegenschaftsteilungsgesetzes (§15 LTG), zuzustimmen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

5. Auftragsvergabe Baumeisterarbeiten Rauhholzstraße/Quellenstraße

Für das Jahr 2026 ist die Straßensanierung in der Rauhholzstraße bis Quellenstraße vorgesehen. Dabei ist die Erneuerung der Straße, sowie Infrastruktur (Kanal-, Wasser-, Breitband- und Stromleitung) geplant.

Für die Baumeisterarbeiten wurde ein Vergabeverfahren nach dem Billigstbieterprinzip durchgeführt, welches an 8 Anbieter versendet wurde. 2 Bieter haben ein Angebot abgegeben, wobei sich folgende Reihung ergibt:

1. Fa. Wilhelm & Mayer, Götzis	netto €	675.700,00,-
2. Fa. Nägele, Sulz	netto €	777.618,12,-

Die Angebote wurden durch das Ingenieurbüro Lins Mock geprüft. Seitens des Büros wird die Vergabe an den Billigstbieter, Fa. Wilhelm & Mayer, empfohlen. Weitere Details sind dem Prüfbericht bzw. Vergabevorschlag der Lins Mock GmbH zu entnehmen.

Die Ausschreibung wurde in folgende Untergruppen aufgeteilt:

• Straßenneubau	ca. € netto	311.500,00	(612/002000)
• Kanalisation	ca. € netto	167.700,00	(851/612000)
• Wasserversorgung	ca. € netto	134.300,00	(850/004000)
• LWL-Breitbandausbau	ca. € netto	49.800,00	(160/020000)

Die Baumeisterarbeiten (ohne Planung und LWL-Breitbandausbau) sind mit € 550.000,00 budgetiert. Nach sorgfältiger Prüfung der Kalkulation besteht im Angebot ein Massenfehler im Bereich des Straßenbaus, wodurch sich die Kosten im Straßenbau um brutto € 112.500,00 reduzieren.

Nach Korrektur der Mengen ergibt sich für den Straßenbau eine Auftragssumme von brutto € 261.306,14; die Vergabe liegt somit innerhalb der budgetären Vorgaben.

Der Anteil der fremden Leitungsträger (Storm) an der Auftragssumme beträgt netto € 12.386,40. Somit ergibt sich für die Marktgemeinde Hard eine anteilige Auftragssumme von netto € 663.313,60 bzw. netto € 569.480,60 nach Korrektur.

Die Bauarbeiten beginnen mit Anfang Juni 2026 und werden bis ca. September 2026 andauern.

Gemäß der Tiefbauausschusssitzung vom 08.04.2026 liegt eine Empfehlung für das vorgestellte Projekt vor. Die Vergabe ist Gegenstand eines Umlaufbeschlusses des Ausschusses und war zum Zeitpunkt der Antragstellung an die Gemeindevertretung noch nicht abgeschlossen.

Ausgang des angemerkten Umlaufbeschlusses:

Sechs von sieben Mitgliedern des Tiefbauausschuss haben bisher zustimmend geantwortet. Die Antwort von Mario Grisenti ist noch ausständig.

Es liegt somit eine mehrheitliche Zustimmung seitens des Tiefbauausschusses vor.

Antrag: Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, die Baumeisterarbeiten für die Straßensanierung der Rauhholzstraße bis zur Quellenstraße an den Billigstbieter, die Fa. Wilhelm & Mayer, Götzis, zu einem Angebotspreis von netto € 663.313,60 zu vergeben, wovon netto € 569.480,60 auf die Marktgemeinde Hard entfallen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

6. Historische Schifffahrt Bodensee - Pachtvertrag und Fördervereinbarung

In der Gemeindevertretungssitzung vom 25.09.2025 wurde die Thematik „Fördervereinbarung HSB“ aufgrund eines Antrages der Fraktionen „Mir Harder Freiheitliche“ und die „Zukunft Hard“ eingehend behandelt und diskutiert. In weiterer Folge wurde der Abänderungsantrag mehrheitlich beschlossen, dass ein Betrag in Höhe von jährlich €50.000,00 für die nächsten 15 Jahre in Form einer Förderung oder Pachtreduktion gewährt werden soll.

Aufgrund eines Geschäftsführer-Wechsels und dem Erfordernis einer gewissen Einarbeitungszeit seitens der HSB hat sich der Abschluss der Verträge etwas verzögert, allerdings liegen nunmehr die finalen Fassungen und bereits von der HSB unterzeichnet vor. Die wesentlichen Vertragsbestandteile wurden vom Finanzausschuss in der Sitzung vom 21.10.2025 ausgearbeitet, in weiterer Folge wurden lediglich noch stilistische Änderungen oder Klarstellungen vorgenommen.

Schlussendlich einigte man sich auf eine zweckgebundene jährliche Förderung für die Liegeplatzgebühren und das Nutzungsentgelt für den Standort an Land in Höhe von € 50.000,00 für die nächsten 15 Jahre. Alle 5 Jahre findet eine Revision des Förderungsbetrages unter Vorlage entsprechender Belege statt, außerdem sind der Finanzabteilung jährlich alle Unterlagen zum Geschäftsgang vorzulegen. Mit Abschluss der Vereinbarung wird ein Verzicht hinsichtlich der von der Marktgemeinde Hard nicht anerkannten Forderungen insbesondere in Bezug auf die Landküche abgegeben, damit diese Angelegenheit abschließend geklärt ist.

Sollte die HSB insolvent werden bzw. ein Insolvenzverfahren eröffnet werden, sieht die Fördervereinbarung entsprechende Kündigungs- bzw. Lösungsmöglichkeiten vor.

Christian Proßliner erklärt ergänzend, dass das Thema bereits im September sehr intensiv diskutiert worden sei. Zwischenzeitlich lägen jedoch neue Zahlen und Erkenntnisse vor, die er darlegen möchte. Er verweist dabei auf die Diskussion im September 2025, bei der die Entscheidungsfindung bereits schwierig gewesen sei. Es gehe um ein Unternehmen in Hard, an dem die Gemeinde selbst beteiligt sei, sowie um Arbeitsplätze, die gesichert werden sollten. Die Angelegenheit müsse aus seiner Sicht nüchtern und möglichst emotionslos betrachtet werden.

Er wolle die Veränderungen bei den betriebswirtschaftlichen Kennzahlen näher erläutern. Die Diskussion im September habe auf Basis des Jahresabschlusses 2023 stattgefunden. Mittlerweile lägen auch die Zahlen für 2024 vor, welche leider nicht gut seien. Die wirtschaftlichen Kennzahlen hätten sich dramatisch verschlechtert, was er sich anders gewünscht hätte. Das negative Eigenkapital betrage mittlerweile minus 1,2 Millionen Euro, was innerhalb eines Jahres einer weiteren Verschlechterung um rund EUR 660.000,00 entspreche. Der Bilanzverlust sei auf minus 2,5 Millionen Euro angestiegen, was eine zusätzliche Verschlechterung um rund EUR 700.000,00 bedeute. Zudem hätten sich die Verbindlichkeiten im selben Zeitraum um weitere EUR 400.000,00 erhöht.

Das Unternehmen sei aus seiner Sicht mittlerweile vollständig überschuldet. Er sehe darin keine kurzfristige Schwäche, sondern vielmehr langfristige Organisations- und Strukturprobleme. Vor diesem Hintergrund stelle sich für ihn die Frage, welchen tatsächlichen Nutzen die jährlichen EUR 50.000,00 bringen würden. Diese Mittel seien aus seiner Sicht nicht ausreichend, um eine nachhaltige Verbesserung herbeizuführen. Vielmehr bestehe die Gefahr, lediglich Zeit zu gewinnen, ohne die eigentlichen Probleme zu lösen.

Für ihn stelle sich dabei auch eine moralische Frage. Die Gemeinde bringe als Minderheitsgesellschafterin mit einem Anteil von 10 % jährlich EUR 50.000,00 ein, während die übrigen 90 % lediglich eine einmalige Summe leisten würden. Seiner Meinung nach müssten diese daher im Verhältnis jährlich rund EUR 450.000,00 beitragen, damit das Unternehmen tatsächlich eine Chance habe. In den vorliegenden Unterlagen fehle ihm zudem ein tragfähiges Sanierungskonzept. Es lägen keine ausreichenden Dokumente und Schritte zur Entschuldung sowie keine mittelfristige Perspektive für das Unternehmen vor. Sollten diese Voraussetzungen geschaffen werden, sei er bereit, seine Haltung nochmals zu überdenken. Zum jetzigen Zeitpunkt müsse er die Förderzusage jedoch ablehnen.

Abschließend führt er aus, dass man sich mit diesen EUR 50.000,00 etwa die Erhöhung der Mindesttarife im Bildungsbereich ersparen könnte. Ebenso hätte damit beinahe der Wegfall des Infrastrukturbeitrags gänzlich kompensiert beziehungsweise rund 50 % der Mehreinnahmen ausgeglichen werden können. Zudem entspreche dieser Betrag genau jener Summe, die der Musikschule fehle.

MMag. Nadine Häusler-Amann erinnert daran, dass das Thema bereits im September 2025, wie von Christian Proßliner erwähnt, ausführlich und konstruktiv diskutiert worden sei. Sie sei daher davon ausgegangen, dass es sich bei der heutigen Beschlussfassung lediglich um einen Formalakt handle. Unbestritten sei, dass die wirtschaftlichen Zahlen besser sein könnten. Der Jahresabschluss 2024 sei bereits angesprochen worden.

Sie betont, dass die Förderung ausschließlich deshalb gewährt werde, weil die HSB ihren Standort in Hard habe. Die Marktgemeinde Hard profitiere von der HSB. Dies lasse sich anhand einer einfachen Rechnung nachvollziehen, etwa durch die Einnahmen aus der

Kommunalsteuer, die indirekten positiven Effekte sowie die Pachtzahlungen, welche durch die HSB an die Gemeinde geleistet würden.

Als Alternative führt sie aus, dass die HSB ohne die Förderung möglicherweise den Standort Hard verlassen würde. In diesem Fall müsste die Gemeinde zwar keine Förderung in Höhe von EUR 50.000,00 mehr leisten, hätte jedoch auch keine Einnahmen von knapp EUR 100.000,00 mehr. Die Gemeinde trage zudem kein großes Risiko, da sie nicht als Bürgin auftrete. Sollte das Unternehmen scheitern, wäre in weiterer Folge auch keine Förderung mehr zu leisten.

Im angesprochenen Worst-Case-Szenario handle es sich bei der HSB aus ihrer Sicht um ein bedeutendes Kulturgut mit identitätsstiftender Wirkung, weshalb man dem Unternehmen jedenfalls eine Chance geben müsse. Abschließend führt sie aus, dass bereits am Jahresabschluss 2025 gearbeitet werde und sich dabei eine positive Entwicklung abzeichne.

David Lindner erklärt, dass bereits mehrere Gespräche mit dem neuen Geschäftsführer Jürgen Amann stattgefunden hätten. Die damalige Sitzung im September 2025 habe noch gemeinsam mit der ehemaligen Geschäftsführerin Havva Dogan stattgefunden. Mit dem neuen Geschäftsführer bestehe nun eine gute Gesprächskultur sowie eine gute Gesprächsbasis, was in den Sitzungen zuvor im Jahr 2025 nicht in dieser Form gewohnt gewesen sei.

Er halte fest, dass man sich mit dem neuen Geschäftsführer durchaus in die richtige Richtung bewege. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Kennzahlen seien ihnen keine weiteren Informationen bekannt als jene, die bereits von Christian Proßliner vorgebracht worden seien. Von der persönlichen Seite sowie im Hinblick auf die Qualifikation hinterlasse der neue Geschäftsführer jedoch einen guten Eindruck.

Kathrin Löschke erklärt, sie sei überrascht gewesen, dass dieses Thema erneut auf der Tagesordnung stehe. Bereits im September 2025 habe sich die Situation derart dramatisch dargestellt, dass ohne weitere finanzielle Mittel das Ende der HSB befürchtet worden sei. Sie bedankt sich bei Christian Proßliner für dessen sachlichen Beitrag.

Persönlich lägen ihr die Schiffe sehr am Herzen. Sie liebe Hard und ebenso die Schiffe sowie die Tatsache, dass Hard deren Heimathafen sei. Gleichzeitig lägen ihr jedoch auch viele andere Harder Betriebe am Herzen. Sie sehe die Gemeinde nicht in der Lage, jedes Unternehmen bei Bedarf in dieser Form zu unterstützen. Da es sich dabei um Steuergelder handle, die in solche Unternehmen fließen würden, sei es für sie ein schwieriges Gefühl, dies mit sich selbst zu vereinbaren.

Christian Proßliner bedankt sich für die sachlichen Wortmeldungen. Auch ihm lägen die Schiffe am Herzen. Dennoch vertrete er die Ansicht, dass es sich um sehr viel Geld handle und der HSB damit letztlich nicht geholfen sei. Das Unternehmen werde dadurch aus seiner Sicht

nicht aus der schwierigen Situation herauskommen, vielmehr handle es sich lediglich um eine Verzögerung.

Er betont, dass es sich dabei um Steuergelder handle. Unternehmen wie beispielsweise Simplon sei in vergleichbaren Situationen ebenfalls nicht geholfen worden. Zudem könne es künftig noch weitere Unternehmen in Hard geben, die in eine ähnliche Lage geraten würden. Aus diesem Grund beantrage er auch eine namentliche Abstimmung.

MMag. Nadine Häusler-Amann bedankt sich bei Kathrin Löschke für ihre Wortmeldung. Sie hält fest, dass sich die Situation bereits in der Sitzung im September 2025 tatsächlich sehr dringlich dargestellt habe. Der positive Beschluss der Gemeindevertretung sei damals essenziell für die Fortführung des Unternehmens gewesen. Nur dadurch habe die HSB weitergeführt werden können. Dieser Beschluss sei auch ausschlaggebend für die positive Fortführungsprognose gewesen.

Nunmehr seien lediglich die entsprechenden Verträge ausgearbeitet worden, welche heute zur Beschlussfassung vorlägen. Der grundsätzliche positive Beschluss hierfür sei bereits im September 2025 erfolgt.

Sie betont weiters, dass es grundsätzlich nicht Aufgabe der Gemeinde sei, Wirtschaftsbetrieben in finanziellen Schwierigkeiten unter die Arme zu greifen. Zwar handle es sich bei der HSB ebenfalls um eine GmbH, allerdings stünden mit der HSB neben den Einnahmen aus der Kommunalsteuer auch weitere Einnahmen für die Gemeinde in Zusammenhang, wie bereits berichtet worden sei.

Ing. Georg Klapper erklärt, dass er die Unterstützung bereits in der Sitzung im September befürwortet habe. Er habe es damals als sinnvoll erachtet, der HSB diese Chance zu geben. Zwischenzeitlich hätten sich die wirtschaftlichen Zahlen jedoch weiter verschlechtert.

Er hält fest, dass ihn störe, dass die Auskunftspersonen beziehungsweise der Geschäftsführer heute nicht anwesend seien. Dennoch werde er seine damalige Haltung nicht ändern. Gleichzeitig äußert er den Wunsch, künftig Informationen direkt vom neuen Geschäftsführer aus erster Hand zu erhalten. Insbesondere wenn der Jahresabschluss 2025 demnächst vorliege, sollten die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter entsprechend informiert werden. Er rege daher an, den Geschäftsführer zu einer Sitzung der Gemeindevertretung einzuladen.

Darüber hinaus würde er gerne auch die Umwegrentabilität des Unternehmens dargestellt sehen. Ebenso bestehe Interesse an einer detaillierten Aufstellung darüber, wie sich die genannten Einnahmen beziehungsweise Beträge von rund EUR 90.000,00 bis EUR 100.000,00 zusammensetzen würden.

Andrea Mairhofer erklärt, die vorliegenden Zahlen seien erschreckend. Auch ihr lägen die Schiffe sehr am Herzen, allerdings gehe es aus ihrer Sicht um wirtschaftliches Fehlverhalten. Bis heute liege ihrer Meinung nach nichts Konkretes darüber vor, welche Maßnahmen gesetzt worden seien. Die aktuellen Zahlen hätten bereits im September 2025 vorliegen sollen.

Sie führt weiter aus, dass sie sich damals aufgrund der Emotionalität der Diskussion noch habe umstimmen lassen, dies nun jedoch nicht weiter mittragen werde. Nach ihrer Einschätzung sei die HSB zahlungsunfähig.

MMag. Nadine Häusler-Amann hält fest, dass sich Sandra Jäckel, wie bereits heute gehört worden sei, aus der Gemeindevertretung verabschiede. Sie sei neben ihr ebenfalls Vertreterin der Gesellschafterin in der HSB gewesen. In der kommenden Sitzung der Gemeindevertretung werde die Nachfolge gewählt.

Es scheine zahlreiche Personen zu geben, die gute Ideen einbringen würden. Sie freue sich daher auf viele gute Gedanken, Pläne und weitere konstruktive Beiträge.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger hält fest, dass das Mandat von Sandra Jäckel weiterhin gültig sei, bis eine Abwahl beziehungsweise Neuwahl erfolge.

Weiters führt er aus, dass Christian Proßliner beantragt habe, einerseits eine namentliche Abstimmung durchzuführen und andererseits die Pachtvereinbarung sowie die Fördervereinbarung getrennt zur Abstimmung zu bringen. Die namentliche Abstimmung werde jedoch ausschließlich hinsichtlich der Fördervereinbarung durchgeführt.

Abänderungsantrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard möge über die Pachtvereinbarung und den Fördervertrag separat abstimmen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung (1 Befangenheit – Gabriele Rohner – Grünes Hard).

Abänderungsantrag:

Weiters möge über die Fördervereinbarung namentlich abgestimmt werden.

Die Abstimmung ergibt ein ausreichendes Quorum gemäß Gemeindegesetz.

Abänderungsantrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, die Pachtvereinbarung hinsichtlich der Hafenstraße für die nächsten 15 Jahre gemäß der Anlage abzuschließen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung (1 Befangenheit – Gabriele Rohner – Grünes Hard).

Abänderungsantrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschliesse unter namentlicher Abstimmung, den Fördervertrag hinsichtlich einer jährlichen Förderung in Höhe von € 50.000,00 für die nächsten 15 Jahre gemäß der Anlage abzuschließen.

Zukunft Hard

Vize-Bgm. René Bickel -	Ja - Zustimmung
MMag. Nadine Häusler-Amann -	Ja - Zustimmung
Mag. Herbert Motter -	Ja - Zustimmung
Benno Feldkircher -	Ja - Zustimmung
Bernd Hartmann -	Ja - Zustimmung
Besime Sahin -	Ja - Zustimmung
Bernd Immler -	Ja - Zustimmung
Andrea Kölbl -	Ja - Zustimmung
Marius Amann, MBA -	Ja - Zustimmung
Otmar Weissenbach -	Ja - Zustimmung
Michael Osti -	Ja - Zustimmung
RA Dr. Martin Kloser -	Ja - Zustimmung
Günter Truppe -	Ja - Zustimmung

Martin Staudinger – Mitanand für Hard

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger -	Ja - Zustimmung
Andrea Mairhofer -	Nein - Ablehnung
Kathrin Löschke -	Nein - Ablehnung
Dorothea Hammer -	Nein - Ablehnung
Natasa Dzehverovic -	Nein - Ablehnung
Urs Hämmerle -	Ja - Zustimmung
Eda Aykac -	Nein - Zustimmung
Mario Grisenti -	Ja - Zustimmung

Grünes Hard

Gabriele Büchele -	Ja - Zustimmung
Tanja Kopf -	Nein - Ablehnung
Karl-Heinz Bonetti -	Ja - Zustimmung
Gabriele Rohner -	Befangen
Ing. Georg Klapper -	Ja - Zustimmung
Benno Frischke -	Nein - Ablehnung

Mir Harder Freiheitliche

Ing. Johannes Reumiller -	Ja - Zustimmung
Günter Stoppel-	Ja - Zustimmung
Alexander Berchtold -	Ja - Zustimmung

Christine Brun -

Ja - Zustimmung

Ja für Hard

Oliver Kitzke -

Ja - Zustimmung

NEOS

Christian Prossliner -

Nein - Ablehnung

Die Abstimmung ergibt eine mehrheitliche Zustimmung (24 Zustimmungen, 8 Gegenstimmen, 1 Befangenheit – Gabriele Rohner (Grünes Hard))

Ursprünglicher Antrag: Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, die Pachtvereinbarung hinsichtlich der Hafenstraße und den Fördervertrag hinsichtlich einer jährlichen Förderung in Höhe von € 50.000,00 für die nächsten 15 Jahre gemäß der Anlage abzuschließen.

7. Anpassung der Parkabgabenverordnung

Anlass und Ausgangslage

Die Marktgemeinde Hard hat im Jahr 2017 die Einführung eines kommunalen Parkraummanagements mit Bewirtschaftung von Parkplätzen im öffentlichen Eigentum umgesetzt.

In der Sitzung am 19. Februar 2026 beschloss die Harder Gemeindevertretung eine Anpassung der Bewirtschaftungszeit, ab dem 01.05.2026, an den touristisch genutzten Hotspots am See ab der ersten Minute (Zonen „Ufer“ und „Sportzentrum“) sowie eine Anpassung der Gratisparkzeit auf den restlichen öffentlichen Parkplätzen im Gemeindegebiet. Damit Harder Bürgerinnen und Bürger ihre täglichen Erledigungen bequem erledigen können, bleibt dort das Parken in den ersten 60 Minuten kostenfrei.

In der Gemeindevertretungssitzung am 26.03.2026 wurden die Änderungen in der Parkabgabenverordnung noch nicht beschlossen, sondern eine verfeinerte Ausarbeitung in den Ausschüssen beauftragt.

Bei der weiteren Diskussion in den beiden Ausschüssen für Mobilität und Wirtschaft und unter Einbeziehung der WiGe Hard wurde folgende Anpassung ausgearbeitet:

Als Konsens für die Freiminuten hat sich in den Diskussionen etabliert, 30 Min Gratis am See und 60 Min Gratis im Dorf und mit den in der folgenden Tabelle dargestellten Bewirtschaftungszeiten und unter Berücksichtigung eines 12h Pauschalticket (iHv. 9,90€).

Bei der aktuell gültigen Kurzparkzonen Verordnung gibt es keine Änderung, dort gelten 90

Minuten maximal Dauer so wie bisher.

Auszug aus dem Entwurf im Anhang:

§ 2

Verkehrsflächen

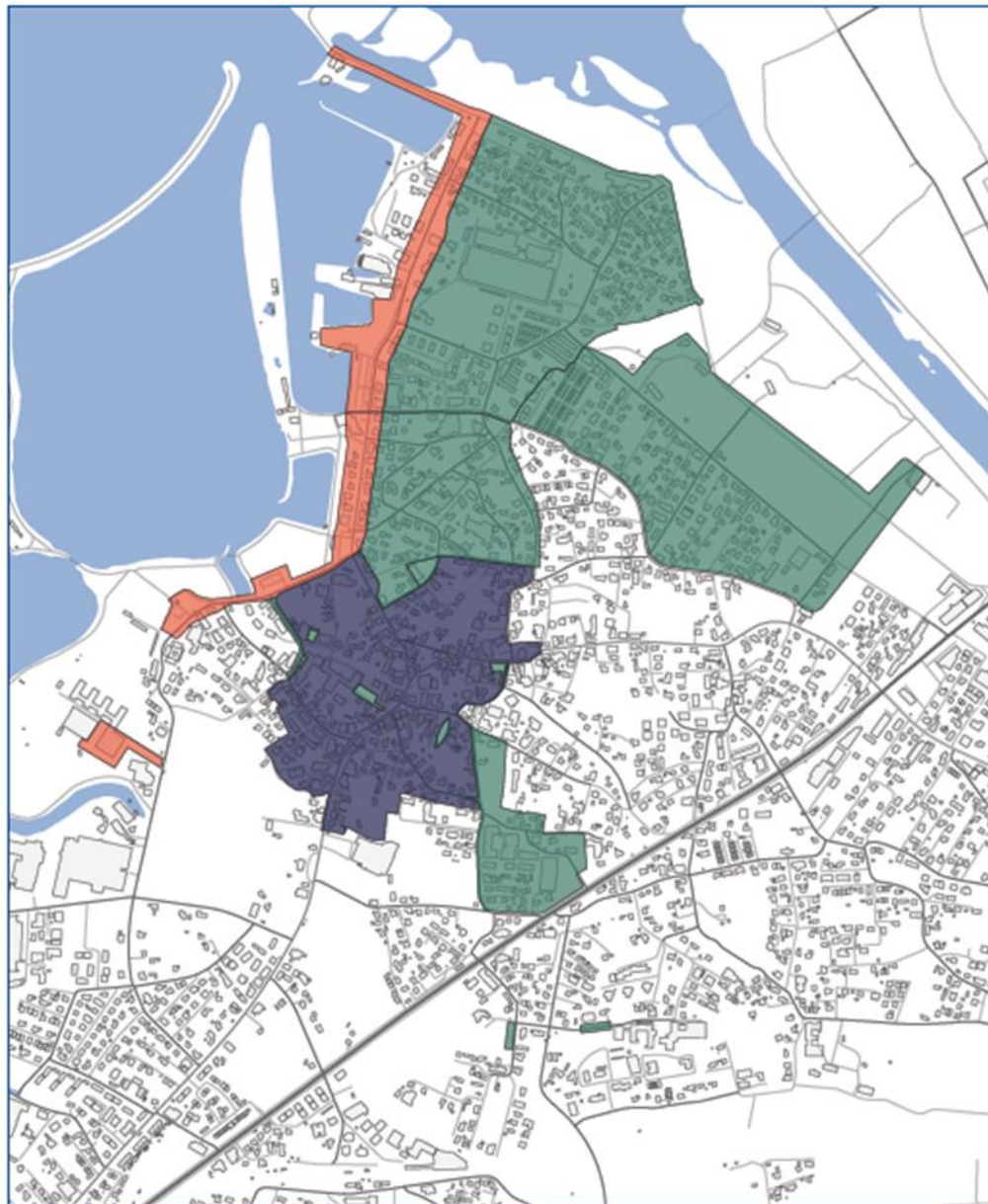
Die Abgabepflicht im Sinne des § 1 erstreckt sich auf folgende durch Hinweistafeln mit der Aufschrift "Gebührenpflichtige Parkzone" oder „Parken nur mit gültiger Parkkarte“ zu kennzeichnende Straßen und Flächen mit öffentlichem Verkehr:

a) Bewirtschaftungszone **Ufer**:

1. Auhafendamm
2. Hafenstraße
3. Kaltenbachstraße (Zufahrt Parkplatz Zollhafen Süd & Nord)
4. Am Sägenkanal (Parkplatz beim Cafe am See)
5. Kohlplatzstraße
6. Kirchstraße zwischen Uferstraße und Hnr. Kirchstraße 18
7. Uferstraße zwischen Kohlplatzstraße und Kreuzung Seestraße
8. Seestraße zwischen Uferstraße, Hnr. Seestraße 33 und Hnr. Seestraße 37
9. Rechter Rheindamm „Am Schleienloch“ (ab Ende GSt.-Nr. 2662/3 nordwärts)

Zone	Gebührenpflichtige Zeiten	Tagespreis
Bewirtschaftungszone Ufer	Täglich von 8.00 bis 12.00 und 13.00 bis 21.00 Uhr	9,90 €
Bewirtschaftungszone See	Täglich von 8.00 bis 21.00 Uhr	9,90 €
Bewirtschaftungszone Zentrum	Täglich von 8.00 bis 21.00 Uhr	9,90 €
Bewirtschaftungszone Sportzentrum	Täglich von 8.00 bis 21.00 Uhr	9,90 €
Bewirtschaftungszone Wirke	Täglich von 8.00 bis 24.00 Uhr bzw. für die Kurzparkplätze im Eingangsbereich der Senecura von 18.00 bis 24.00 Uhr	16,69 €
Bewirtschaftungszone St. Martin	Montag bis Freitag von 8.00 bis 21.00 Uhr	9,90 €
Bewirtschaftungszone Margarethendamm	Täglich von 8.00 bis 21.00 Uhr	9,90 €

Parkzonen im Gemeindegebiet



 Parken im Ort: 60 Minuten gratis
für die täglichen Erledigungen

 Kurzparkzone: auf 90 Minuten
begrenzte Gesamt-Parkdauer

 Parken am See: gebührenpflichtig
ab der 31. Minute; gratis: 12–13 Uhr

Für die gewünschte Anpassung ist eine Änderung der Parkabgabenverordnung notwendig, wie sie sich als Entwurf im Anhang findet.

Antrag: Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, die „Parkabgabeverordnung 2026 - über die Abgabepflicht für das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf Straßen mit öffentlichem Verkehr“ (ab 01.05.2026) und damit gleichzeitig die Aufhebung der bisherigen „Parkabgabeverordnung 2026 (vom 01.01.2026) - über die Abgabepflicht für das Abstellen von Kraftfahrzeugen auf Straßen mit öffentlichem Verkehr“

Die Gemeindevertretung spricht sich außerdem dafür aus, die Parkgebühren zukünftig in regelmäßigen Abständen zumindest in Höhe des Verbraucherpreisindex anzupassen und dabei langfristig eine Gleichstellung des Stundentarifs mit dem Preis einer Einzelfahrt im ÖPNV anzustreben.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

8. Kenntnisnahme Prüfbericht zum Rechnungsabschluss 2025

Der Prüfungsausschuss der Marktgemeinde Hard hat den Rechnungsabschluss 2025 der Marktgemeinde Hard geprüft und den Prüfbericht am 14. April 2026 übermittelt.

Die Mitarbeiter:innen sowohl der Finanzabteilung als auch der gesamten Verwaltung möchten sich ausdrücklich für die zeitintensive Mitarbeit sowie die konstruktiven Anmerkungen des Prüfungsausschusses bedanken.

Aufgrund der nachvollziehbaren und sachlich fundierten Hinweise des Prüfungsausschusses wird von der Erstellung einer gesonderten Stellungnahme zum Prüfbericht abgesehen.

Gem. § 52 Abs. 3 Gemeindegesetz wird dieser der Gemeindevertretung zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Marius Amann, MBA, berichtet, dass der Prüfungsausschuss den Rechnungsabschluss 2025 im April 2026 geprüft habe. Der Prüfungsausschuss habe am 13. April 2026 einstimmig die Empfehlung an die Gemeindevertretung ausgesprochen. Er dürfe den Bericht nun präsentieren.

Im Zuge der Prüfung habe es einige Rückfragen an die Finanzabteilung gegeben. Diese seien sehr umfassend und ausführlich beantwortet worden. Er werde den Bericht auszugsweise zusammenfassen, da eine vollständige Darstellung den Rahmen sprengen würde. Sein besonderer Dank gelte der Finanzabteilung für die laufende Klärung offener Fragen.

Inhaltlich führt er aus, dass der Rechnungsabschluss 2025 der Gemeinde mit einem Minus von rund EUR 800.000,00 abschließe. Im Voranschlag sei noch ein Minus von EUR 1,88 Millionen budgetiert gewesen, womit sich gegenüber dem Voranschlag eine Verbesserung

von rund EUR 1 Million ergeben habe. Bereits im Jahr 2024 sei der Rechnungsabschluss besser ausgefallen als budgetiert, ebenso wie in den Jahren davor. Die Erträge im Ergebnishaushalt seien um rund EUR 1,7 Millionen höher ausgefallen als im Voranschlag vorgesehen.

Teilweise hätten sich jedoch auch die Ausgaben erhöht, insbesondere im Bereich der Personalkosten. Ein wesentlicher Grund dafür war ein Softwarefehler in der Budgetierung gewesen, da die Indexierung nicht berücksichtigt worden sei. Diese mache einen Teil der Lohnkostensteigerungen aus, welche insgesamt rund 5,3 % betragen hätten.

Im Jahr 2025 seien Investitionen in Höhe von rund EUR 5,5 Millionen getätigt worden. Davon entfielen rund EUR 2,2 Millionen auf den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, insbesondere im Zusammenhang mit dem KKB Bommen. Insgesamt seien rund EUR 1,6 Millionen in dieses Projekt investiert worden. Auch der Bauhof habe einen Teil der Investitionen betroffen.

Die langfristige Verschuldung sei wie im Voranschlag vorgesehen von EUR 31,5 Millionen auf EUR 33,9 Millionen angestiegen. Rechnet man die ausgegliederten Unternehmen hinzu, betrage die Gesamtverschuldung aktuell rund EUR 50,67 Millionen. In diesem Zusammenhang verweist er auf den Bericht in der Gemeindezeitung Hard 04/45 zum Budget 2026, in welchem von einer Schuldenreduktion gesprochen worden sei. Dies sei aus seiner Sicht verkürzt dargestellt worden, da sich die Aussage lediglich auf die Jahre 2022 und 2023 bezogen habe. Im Bericht zum Budget 2026 hätte auch das Jahr 2024 beziehungsweise das laufende Jahr berücksichtigt werden sollen, anstatt nur zwei bis drei Jahre alte Zahlen zu zitieren. Die Kommunikation sollte sich seiner Ansicht nach stärker auf aktuelle Zahlen beziehen.

Weiters führt er aus, dass ein Ausblick grundsätzlich nicht Teil des Rechnungsabschlusses sein sollte. Dieser sei zwar interessant, gehöre jedoch eher zum Budgetprozess, da es dabei um Planung gehe.

Einige Bereiche seien im Detail geprüft worden. Bei den Investitionen habe es insbesondere im Bereich Infrastruktur, früher Tiefbau beziehungsweise Straßen-, Wasser- und Kanalbau, einige Verschiebungen gegeben. Hier seien ursprünglich rund EUR 2,9 Millionen budgetiert gewesen, tatsächlich seien jedoch nur rund EUR 1,5 Millionen ausgegeben worden. Teilweise habe es Kosteneinsparungen gegeben, teilweise seien Projekte – etwa die Rauholzstraße – ins Jahr 2026 verschoben worden.

Für Investitionen sei eine Kreditaufnahme von rund EUR 4,4 Millionen vorgesehen gewesen. Tatsächlich habe das Volumen bei rund EUR 4,46 Millionen gelegen, womit die Investitionen vollständig kreditfinanziert worden seien. Gebühren müssten daher so gestaltet werden, dass die Infrastruktur langfristig erhalten werden könne. Bei Projektverschiebungen sei entsprechend Vorsicht geboten.

Betreffend die Rücklagen führt er aus, dass im Voranschlag lediglich rund EUR 148.000,00 ausgewiesen gewesen seien und damit praktisch keine Rücklagen mehr vorhanden gewesen wären. Im Rechnungsabschluss seien hingegen wieder rund EUR 6,6 Millionen an Rücklagen ausgewiesen worden. Im Budgetierungsprozess könne man durchaus mit Planwerten arbeiten, es sollten jedoch realistischere Rücklagenzahlen verwendet werden.

Die Beteiligungswerte der HSUFAB seien reduziert worden, da der Betrieb weniger wert geworden sei. Dies bedeute, dass das Unternehmen Eigenkapital verwendet habe und dadurch weniger Förderung in Anspruch genommen worden sei. Aufgrund des reduzierten Eigenkapitals sei daher auch die Bewertung gesunken.

Gestiegene Kosten im Bereich Leistungen betreffen laut seinen Ausführungen Leistungen, welche von der Gemeinde direkt beeinflussbar seien. Positiv erwähnt er die Entwicklung bei den Hafengebühren und der Gästetaxe im Zusammenhang mit dem neuen Angebot im öffentlichen Verkehr. Hier habe sich ein Plus von rund EUR 40.000,00 ergeben.

Im Bildungsbereich seien insbesondere die Kosten für Inklusionskinder gestiegen. Aktuell würden 38 Kinder mit speziellem Betreuungsbedarf betreut werden. Dies führe zu höheren Aufwendungen, insbesondere im Bereich Personalbedarf und Personalkosten, welche jährlich steigen würden.

Abschließend hält er fest, dass der Rechnungsabschluss handwerklich in Ordnung sei und die Zahlen großteils stimmig seien. Der Rechnungsabschluss könne daher beschlossen werden.

Christian Proßliner erklärt, dass auch er stellvertretend an den Arbeiten mitwirken habe dürfen. Er spricht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschusses seinen Dank aus und bedankt sich insbesondere bei Marius Amann, MBA, für dessen Arbeit.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger hält fest, dass die Zahlen für sich sprechen würden. Die Gemeinde habe insgesamt sehr viel geleistet. Sein Dank gelte dabei nicht nur der Finanzabteilung, sondern allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinde.

Die Abweichungen würden zudem zeigen, dass die Mitarbeitenden vorausschauend, verantwortungsvoll und wirtschaftlich gehandelt hätten. So seien etwa Bauprojekte günstiger umgesetzt sowie ein kostengünstigeres Fahrzeug angeschafft worden. Auch im operativen Bereich werde klug gearbeitet und gehandelt.

Im Bereich Bildung sei darüber hinaus mehr umgesetzt worden als ursprünglich geplant. So seien zusätzliche Gruppen eröffnet worden. Abschließend spricht er den Mitarbeitenden hierfür seinen besonderen Dank aus.

Antrag: Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard nimmt den Prüfbericht des Prüfungsausschusses der Marktgemeinde Hard zum Rechnungsabschluss 2025 zur Kenntnis.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung (Kenntnisnahme).

9.Rechnungsabschluss 2025 Marktgemeinde Hard

Der vorliegende Rechnungsabschluss 2025 der Marktgemeinde Hard wurde gemäß den Vorgaben der VRV 2015 erstellt.

Die detaillierten Erläuterungen zum Rechnungsabschluss 2025 liegen als Anlage 2 dem vorliegenden Antrag bei und dienen der vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung mit den einzelnen Positionen des Rechnungsabschlusses. Sie tragen dazu bei, die Zusammensetzung und Entwicklung der jeweiligen Haushaltsansätze nachvollziehbar darzustellen und schaffen gemeinsam mit dem Prüfbericht des Prüfungsausschusses eine fundierte Grundlage für die weitere Beschlussfassung.

Der Finanzausschuss der Marktgemeinde Hard empfiehlt in seiner Sitzung vom 21.04.2026 der Gemeindevertretung einstimmig, dem Rechnungsabschluss 2025 der Marktgemeinde Hard in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Antrag: Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, den vorliegenden Rechnungsabschluss 2025 der Marktgemeinde Hard mit einem Nettoergebnis iHv € 0,00 nach Auflösung von Rücklagen in Höhe von € 896.565,45 sowie Zuweisungen von € 89.482,60 in die Rücklagen, einem Vermögenswert iHv € 160.754.149,54 sowie einem Geldfluss der voranschlagswirksamen Gebarung iHv € 2.378.997,81 zu genehmigen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

10.Kenntnisnahme Wasserwerk Hard-Fußach

Der Gemeindeverband Wasserwerk Hard-Fußach betreibt unter anderem das Pumpwerk 4 in Hard (Mittelweiherburg) und versorgt die Mitgliedsgemeinden Hard und Fußach mit Trinkwasser. Die Mitgliedsgemeinden sind jeweils zu 50% an diesem Gemeindeverband beteiligt.

Gemäß § 93 Abs 8 Gemeindegesetz wird die Gemeindevertretung jährlich über die wirtschaftliche Situation und die voraussichtliche Entwicklung des Gemeindeverbandes informiert.

Der Rechnungsabschluss 2025 und der Voranschlag 2026 des Gemeindeverbands Wasserwerk Hard-Fußach wurden in den eigenen Gremien geprüft und genehmigt. Sie werden der Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard zur Kenntnisnahme vorgelegt.

In der Sitzung des Finanzausschusses vom 21.04.2026 hat dieser die beiden Zahlenwerke zur Kenntnis genommen.

Antrag: Die Gemeindevertretung nimmt den Rechnungsabschluss 2025 sowie den Voranschlag 2026 des Gemeindeverbands Wasserwerk Hard-Fußach zur Kenntnis.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung (Kenntnisnahme).

11. Jahresabschluss 2025 der Harder Sport- und Freizeitanlagen BetriebsgesmbH, Entlastung der Geschäftsführer sowie Entsendung in die Gesellschafterversammlung

Die Gesellschaft weist per 31.12.2025 ein positives Eigenkapital inkl. Rücklagen in der Höhe von € 5,485.121,10 aus. Im Jahr 2025 wurde ein Jahresfehlbetrag von € -2.539.104,32 (2024: € -2.189.234,15, 2023: € -1.889.037, 2022: € -1.433.661,77, 2021: € -1.747.862,81) bei einer Aktiva und Passiva von je € 26.091.625,26 erwirtschaftet, welcher durch einen Zuschuss der Marktgemeinde Hard in Höhe von € 1.895.000 (2024: 2.195.000, 2023: € 1.040.000, 2022: € 993.900,00, 2021: € 1.173.400,00) bedeckt wurde. Zusätzlich wurden € 644.104,32 aus den Gewinnrücklagen entnommen, um das Jahresergebnis auf null zu stellen.

Im vergangenen Jahr stiegen die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um 14,22% von € 1.335.601,58 (2024) auf € 1.525.560,03 (2025). Dies liegt insbesondere daran, dass das neue Strandbad erst am 06.07.2024 eröffnet wurde und im Jahr 2024 rund zwei Monate der regulären Öffnungszeiten nicht geöffnet war. Die Einspeisevergütung der Photovoltaik sind höher ausgefallen als im Vorjahr. Aufwandsseitig sind die Kosten für Strom € 128.931,28 (2024) auf € 136.141,03 (2025) gestiegen. Bei den Bruttolöhnen und Gehältern beträgt die Steigerung 6,26% (Vorjahr: 9,72%). In Zahlen ist das eine Veränderung von € 1.013.065,28 (2024) auf € 1.076.464,39 (2025).

Die Beiräte René Bickel und Bernd Schneider haben den Jahresabschluss unter Zuhilfenahme der vom Prüfungsausschuss bereitgestellten Werkzeuge am 17.04.2026 geprüft. Zudem war Roman Walser als Vertreter des Prüfungsausschusses bei der Prüfung anwesend. Der Prüfungsbericht ist den Unterlagen beigelegt.

Der Finanzausschuss der Marktgemeinde Hard nimmt den Jahresabschluss 2025 der Harder Sport- und Freizeitanlagen BetriebsgesmbH in seiner Sitzung vom 21.04.2026 in der vorliegenden Form zur Kenntnis und empfiehlt die Entsendung eines Mitgliedes der Gemeindevertretung in die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft, um das Ergebnis festzustellen und die Geschäftsführung zu entlasten.

Antrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe,

- die Genehmigung des Jahresabschlusses 2025 der Harder Sport- und Freizeitanlagen BetriebsgesmbH in der vorliegenden Fassung,
- die Entlastung der Geschäftsführer,
- sowie die Entsendung von Vize-Bgm. René Bickel in die Generalversammlung der Harder Sport- und Freizeitanlagen BetriebsgesmbH, mit dem Auftrag, in der Generalversammlung entsprechend dem Beschluss der Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard abzustimmen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung (1 Enthaltung - GF Bernd Hartmann)

12. Budgetzeitplan 2027

Der Budgetzeitplan 2027 regelt, wann welche Planungsschritte für den nächsten Haushalt erfolgen. Ziel ist es, mehr Zeit für die inhaltliche Arbeit und eine enge Abstimmung zwischen Verwaltung und Politik zu gewinnen.

Damit die Finanzstrategie aus einem Guss ist, wird die Budgetierung direkt mit dem Konsolidierungsprozess verknüpft. Die ersten gemeinsamen Ausschusssitzungen mit dem Finanzausschuss haben bereits stattgefunden; weitere Termine mit anderen Ausschüssen sind eingeplant, um alle Gremien so weit wie möglich einzubinden. Hierfür berät der Finanzausschuss noch über Form und Rahmen. Ergänzend dazu werden die Mitarbeiter der Verwaltung geschult, um eine saubere Vorbereitung zu garantieren.

Eine wesentliche Neuerung ist die Art der Einbindung: Die Fachabteilungen bzw. Sachbearbeiter bereiten ihre Konten künftig so auf, dass sie direkt in den jeweiligen Ausschüssen beraten werden können. Dadurch erhält die Politik viel früher als in den vergangenen Jahren Einblick in die Details und kann den Entwurf aktiv mitgestalten. Als realistische Basis dienen dabei die Zahlen des Rechnungsabschlusses 2025.

Für das Thema Personalkosten ist zudem ein eigener Termin angesetzt, an dem der Gemeindevorstand und der Finanzausschuss gemeinsam teilnehmen. Dies stellt sicher, dass auch in diesem Bereich volle Transparenz herrscht.

Dieser strukturierte Ablauf sorgt für einen nachvollziehbaren Prozess und stärkt die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik.

Der Finanzausschuss hat den Zeitplan in seiner Sitzung am 21.04.2026 zur Annahme empfohlen.

Ing. Georg Klapper erklärt, dass er sich den Zeitplan nach der gestrigen Sitzung der Fraktionsobleute angesehen habe. Der vorgesehene Termin passe grundsätzlich.

Er führt aus, dass mit dem Budget Mitte Dezember begonnen worden sei. Durch die Verschiebung der Sitzung von November auf Dezember habe man sich mehr Zeit für die Befassung mit dem Budget gewünscht. Er stellt daher den Abänderungsantrag, dass das Budget zumindest als vollständiger Entwurf mit den zuletzt vom Land vorgegebenen Zahlen drei Wochen vor der Abstimmung vorliegen solle. Dies bedeute, dass die erste Fassung des Budgets bis spätestens 12. November vorliegen müsse. Änderungen aufgrund weiterer Zahlen des Landes seien danach weiterhin möglich. Terminlich entspreche dies somit dem Zeitpunkt drei Wochen vor der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung, konkret dem 12. November.

Urs Hämmerle erklärt, dass der vorliegende Vorschlag bereits im Finanzausschuss vorbesprochen worden sei. Dabei seien sämtliche zuvor geäußerten Kritikpunkte eingearbeitet worden. Die Ausarbeitung sei nun wesentlich detaillierter erfolgt und enthalte auch ein klar formuliertes Endziel, wie dies beantragt worden sei.

Im Ausschuss habe man versucht, ein Ziel für den Voranschlag 2027 festzulegen, wie dies in einem regulären Budgetierungsprozess üblich sei. Sein Anliegen sei es gewesen, einen klaren Rahmen beziehungsweise eine Zielgröße zu definieren. Das Thema sei ausführlich diskutiert worden, jedoch sei man im Ausschuss zu keinem Ergebnis gelangt, wonach der Vorschlag befürwortet werden könne.

Er stellt daher folgenden Abänderungsantrag, um ein klares Ziel festzulegen, wohin sich die Gemeinde bis Ende 2027 entwickeln solle. Dadurch wolle man sich stärker verpflichten. Anschließend verliest er den Antrag wie folgt:

„Die Gemeindevertretung beschließe für den Voranschlag 2027, dass der operative Saldo, also der Saldo 1 aus dem Finanzierungshaushalt, größer als die Tilgungsanteile der Finanzschulden sein solle und darüber hinaus Ersatzinvestitionen unter Sicherung eines positiven Nettoergebnisses zulassen solle.

Marius Amann, MBA, ersucht darum, den Antrag nochmals zu wiederholen. Er hält fest, dass bereits beim letzten Mal ein sehr komplexer Beschluss gefasst worden sei, welcher lediglich vorgelesen worden sei. Auch der nunmehr vorliegende Antrag stelle aus seiner Sicht lediglich ein Bekenntnis ohne die wesentlichsten Rahmenbedingungen dar und sage daher nur wenig aus.

Er erklärt weiters, dass er grundsätzlich kein Befürworter von derartigen Grundsatzbeschlüssen sei. Seiner Meinung nach sei es wichtig, sich auf Sitzungen entsprechend vorbereiten zu können. Dafür benötige man die Unterlagen im Vorfeld sowie ausreichend Zeit zur Befassung. Er regt daher an, dass die Sitzungsunterlagen für

Ausschüsse künftig zusätzlich bereits eine Woche vor der jeweiligen Sitzung übermittelt werden sollten, um eine effiziente und sachliche Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Michael Osti erklärt, dass es ihn ärgere, dass Urs Hämmerle nochmals einen Antrag einbringe. Sowohl der Bürgermeister als auch er selbst hätten im Finanzausschuss dagegen gestimmt. Man müsse sich an die Vorgaben und Grenzen des Gemeindegesetzes halten.

Im Ausschuss habe man einstimmig einen Beschluss gefasst, wonach man sich darum bemühen wolle, ein entsprechendes Ergebnis zu erzielen. Es ärgere ihn daher, dass die Arbeit und die Beschlüsse des Finanzausschusses durch den neuerlichen Antrag aus seiner Sicht untergraben würden.

Urs Hämmerle entgegnet, dass die betreffende Sitzung vom 7. Mai 2025 mittlerweile beinahe ein Jahr zurückliege. Weiters weist er den Vorwurf zurück, den Finanzausschuss zu untergraben. Er sei selbst Vorsitzender des Finanzausschusses sowie Fraktionsobmann und müsse daher auch die Position seiner Fraktion in der gegenständlichen Sitzung der Gemeindevertretung vertreten.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger hält fest, dass in jenen Ausschüssen, in denen er vertreten sei, sehr wohl umfassende Unterlagen bereits im Vorfeld übermittelt würden. Dies könnten die jeweiligen Mitglieder auch bestätigen.

Zudem möchte er Urs Hämmerle insofern recht geben, als es sinnvoll sei, bereits zu Beginn festzulegen, wohin man sich entwickeln wolle und welche Ziele verfolgt würden. Es sei daher grundsätzlich gut, entsprechende Zielsetzungen festzuhalten.

Ing. Georg Klapper erklärt, dass die Fraktion der SPÖ, sofern er Urs Hämmerle richtig verstanden habe, entsprechende Ziele festhalten wolle. Er schlägt daher vor, diese Zielsetzungen für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung entsprechend vorzubereiten und sodann beschließen zu lassen. Es mache aus seiner Sicht durchaus Sinn, gewisse Ziele verbindlich festzuhalten.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger verliest den von Urs Hämmerle eingebrachten Abänderungsantrag noch einmal.

Abänderungsantrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, der Terminplanung für die Erstellung des Voranschlages 2027, mit der Ergänzung, dass das Budget als kompletter Entwurf mit den letzten Zahlen des Landes drei Wochen vor Beschlussfassung, somit zum 12. November zur Vorbereitung übermittelt werden solle, zuzustimmen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

Ursprünglicher Antrag: Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschliesse, der Terminplanung für die Erstellung des Voranschlages 2027, zuzustimmen.

13. Bericht über den Antrag „Offene bzw. nicht umgesetzte Beschlüsse der Gemeindevertretung“: Zukunft Hard, Mitand für Hard, Grünes Hard, Mir Harder Freiheitlichen, NEOS Hard, JA für Hard

Mag. Christian Mungenast berichtet über die erstellt Tabelle mit über 700 festgehaltenen GV-Beschlüssen der letzten zwei politischen Perioden, welche ebenfalls per Beamer auf die Leinwand projiziert wird. Dabei werden die als offen markierten GV-Beschlüsse angesprochen, bei welchen es sich fast ausschließlich um laufende Projekte in der Gemeinde- bzw. Ortsentwicklung handelt.

Marius Amann, MBA erfragt den GV-Beschluss vor ca. drei Jahren betreffend die Bauwerksbegrünung.

Mag. Christian Mungenast gibt an, dass dieser Antrag geprüft werde. Betreffend die Frage hinsichtlich der gewünschten Aufbereitung wurden keine Angaben gemacht.

Die Liste wird nach Absprache den Fraktionsobleuten zur weiteren Behandlung übermittelt.

14. Mir Harder Freiheitliche: Umbesetzung Ausschüsse

Die Fraktion „Mir Harder Freiheitliche“ ersucht um Änderung der Besetzung in folgender Funktion und nachstehenden Ausschüssen, und zwar wie angeführt:

Fraktionsobmann		Stoppel Günter
Raumplanung/Gemeindeentwicklung	Vollmitglied	Stoppel Günter
	1.Ersatz	Reumiller Johannes
	2.Ersatz	Ropele Arno
Wirtschaft	Vollmitglied	Stoppel Günter
	1.Ersatz	Reumiller Johannes
	2.Ersatz	Brun Christine
Finanzausschuss	Vollmitglied	Tagwerker Dagmar
	1.Ersatz	Reumiller Johannes
	2.Ersatz	Moser Martin

Mobilität	Vollmitglied 1.Ersatz 2.Ersatz	Ropele Arno Hagen Paul Reumiller Johannes
Bildung	Vollmitglied 1.Ersatz 2.Ersatz	Haltmeier Bojana Tagwerker Angelika Reumiller Johannes
Sport	Vollmitglied 1.Ersatz 2.Ersatz	Haltmeier Bojana Tagwerker Dagmar Moser Martin
Bauen	Vollmitglied Vollmitglied 1.Ersatz 2.Ersatz 3.Ersatz 4.Ersatz	Reumiller Johannes Poiger Gunnar Töscher Mark Prossliner Florian Moser Martin Brandstätter Ronny
Tiefbau	Vollmitglied 1.Ersatz 2.Ersatz	Poiger Gunnar Groicher Rupert Moser Martin
Landwirtschaft	Vollmitglied Vollmitglied 1.Ersatz 2.Ersatz 3.Ersatz 4.Ersatz	BerchtoldAlexander Ropele Arno Hagen Paul Marek Janik Reumiller Johannes Brandstätter Ronny
Hafen/Ufer	Vollmitglied 1.Ersatz 2.Ersatz	BerchtoldAlexander Ropele Arno Brandstätter Ronny
Klima/Umwelt	Vollmitglied 1.Ersatz 2.Ersatz	Ropele Arno Hagen Paul Purtauf Maurice
Prüfung	Vollmitglied Ersatzmitglied	Tagwerker Dagmar Moser Martin
Grundverkehr	Vollmitglied Ersatzmitglied	Reumiller Johannes Nagel Christian

Jugend	Vollmitglied 1.Ersatz 2.Ersatz	Purtauf Maurice Brandstätter Linus Renn Fabian
E5	Vollmitglied	Reumiller Johannes
Sufab	Vollmitglied	Reumiller Johannes
Bregenzerache/Unterlauf	Ersatzmitglied	Reumiller Johannes

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

15. Anpassung Geschäftsordnung und Satzung Wasserverband Hofsteig

Ing. Georg Klapper berichtet, dass die Geschäftsordnung erstellt worden sei, um die Zuständigkeiten des Geschäftsführers klar zu regeln und allfällige Missverständnisse auszuräumen. Zudem könne die Geschäftsordnung im Gegensatz zu den Satzungen bei Bedarf durch die Mitgliederversammlung angepasst werden, ohne dass hierfür erneut Beschlüsse in allen acht Gemeindevertretungen erforderlich seien.

Die Geschäftsordnung sei erstmals in der Mitgliederversammlung vom 5. November 2025 vorgestellt worden. Nach verschiedenen Rückmeldungen der Verbandsgemeinden sei diese in der Mitgliederversammlung vom 14. April 2026 beschlossen worden.

Damit die Geschäftsordnung in Kraft treten könne, müssten nunmehr die Satzungen angepasst werden. Dabei handle es sich um das Dokument „Satzungen mit Geschäftsordnung“. Die entsprechenden Änderungen seien in den Satzungen gelb hervorgehoben und auch in dieser Form versendet worden.

Nunmehr müssten sämtliche Gemeindevertretungen der acht Mitgliedsgemeinden die Änderungen der Satzungen und damit die Inkraftsetzung der Geschäftsordnung beschließen.

Er erläutert weiters, dass sich die von ihm am Vortag erwähnten gelb hinterlegten Stellen in der Geschäftsordnung auf die Änderungen zwischen der Version der Geschäftsordnung aus der Mitgliederversammlung im November 2025 und jener vom April 2026 bezogen hätten.

Für die Gemeindevertretung Hard sei die Geschäftsordnung jedoch insgesamt neu, weshalb die von ihm erwähnten Änderungen für die heutige Beschlussfassung nicht von wesentlicher Bedeutung seien.

Dennoch informiert er darüber, dass aufgrund der Rückmeldungen der Mitgliedsgemeinden zwischen November 2025 und April 2026 verschiedene Änderungen in die Geschäftsordnung eingearbeitet worden seien.

Die Änderungen können ohne Weiteres genehmigt und beschlossen werden.

§ 12 Wirkungskreis der Mitgliederversammlung

1. In den Wirkungskreis der Mitgliederversammlung fallen nachstehende Verbandsangelegenheiten:
 - a) Änderung der Satzung
 - b) Wahl und vorzeitige Abberufung des/der Obmannes/Obfrau und der übrigen Vorstandsmitglieder, der Rechnungsprüfer und der Schlichtungsstelle
 - c) Vergabe von Projektierungsarbeiten und Bestellung der Bauleitung
 - d) Entscheidung über wesentliche Baumaßnahmen und Vergabe von Arbeiten mit einem Kostenaufwand von über € 130.000,00
 - e) Bestellung eines/einer Geschäftsführers/Geschäftsführerin
 - f) Genehmigung des Jahresvoranschlages und des Rechnungsabschlusses, sowie die Entlastung des Vorstandes, des/der Obmannes/Obfrau und des/der Geschäftsführers/Geschäftsführerin
 - g) Genehmigung des Geschäftsberichtes
 - h) Festsetzung allfälliger Aufwandsentschädigungen für Vorstand und Obmann/Obfrau, Überwachung ihrer Tätigkeit und Erteilung von Weisungen an dieselben
 - i) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken
 - j) Aufnahme von Darlehen
 - k) Bildung von Rücklagen
 - l) Aufnahme und Ausscheiden von Mitgliedern
 - m) Auflösung des Verbandes
 - n) die Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
2. Beschlüsse nach Abs. 1 lit. i erlangen erst nach Vorliegen entsprechender Gemeindevertretungsbeschlüsse sämtlicher Verbandsmitglieder Gültigkeit.
3. Im Übrigen gelten, soweit in den Satzungen nichts anderes bestimmt ist, für die Mitgliederversammlung sinngemäß die Verfahrensbestimmungen des Vorarlberger Gemeindegesetzes.
4. Die Aufgaben des unter lit. e) bestellten Geschäftsführers/Geschäftsführerin ist in der Geschäftsordnung beschrieben.

- (8) Der Geschäftsführer ist befugt, im Rahmen beschlossener Projekte und des Budgets Anschaffungen des laufenden Geschäftsbetriebes zu tätigen.
- (9) In Wahrnehmung seiner Aufgaben ist der Geschäftsführer befugt, notwendige Dienstreisen innerhalb des Verbandsgebietes, sowie zu Behörden, Ämtern, Fachtagungen u. Ä. durchzuführen. Diese Fahrten werden, falls keine anderweitige Vereinbarung vorliegt, nach dem amtlichen Kilometergeld entschädigt.

§ 10 Dienstpersonal

- (1) Das Dienstpersonal des Verbandes hat unter Beachtung der bestehenden Gesetze, Verordnungen und Dienstanweisungen des Obmannes und des Geschäftsführers nach bestem Wissen, sowie mit voller Unparteilichkeit, die ihnen übertragenen Aufgaben zu erledigen und jederzeit auf die Wahrung der Interessen sowohl des Verbandes als auch der Allgemeinheit zu achten.
- (2) Die Angestellten haben die Ausübung einer Nebenbeschäftigung nach den einschlägigen dienstrechtlichen Bestimmungen rechtzeitig anzuzeigen und genehmigen zu lassen.

§ 11 Unterschriften

- (1) Zur rechtwirksamen Unterzeichnung von Schriftstücken des Verbandes sind folgende Organe befugt:

a) Obmann mit einem weiteren Vorstandsmitglied

- Verträge, durch die der Verband verpflichtet ist, ausgenommen Verträge mit einer Summe unter € 50.000,--
- Alle Grundstückskäufe oder Verkäufe
- Kreditverträge und Änderungen bei der Kontoberechtigung

b) Obmann

Der Obmann zeichnet ausgenommen die Angelegenheiten unter Abs. (1) a), c) und d).

c) Geschäftsführer

- Alle übrigen, die laufenden Betriebsgeschehnisse betreffenden Angelegenheiten des verbandsinternen Schriftverkehrs.
- Bestellungen und Aufträge aufgrund bereits beschlossener Projekte und des Budgets.
- Sachliche und rechnerische Richtigkeit aller Rechnungen.
- Alle Auszahlungen von Verbandskonten gemeinsam mit einem Zweiten. 4 Augen Prinzip.
- Dienstverträge für Bedienstete gemeinsam mit dem Obmann.
- Geldanlagen

Anhang

Verschwiegenheitspflicht gemäß § 2 der Geschäftsordnung

Organe und Beauftragte des Verbandes sind verpflichtet, die ihnen bei Durchführung ihrer Verbandsaufgaben zur Kenntnis gelangten Betriebs- und Geschäftsverhältnisse außerhalb ihrer dienstlichen -Berichterstattung geheim zu halten. Die Pflicht besteht auch nach Ausscheiden aus dem Verband bzw. nach Beendigung des Auftragsverhältnisses.

Sämtliche Organe und Beauftragte des Verbandes sowie in Auftrag genommene Personen sind durch den Vorstand nachweislich über die Verschwiegenheitspflicht in Kenntnis zu setzen.

Für Schäden, die sich aus einer Verletzung der Verschwiegenheitspflicht ergeben, haften die betroffenen Personen und der Verband als Gesamtschuldner nach dem 30. Hauptstück des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches.

Diese Verpflichtung besteht auch nach Ausscheiden aus dem Verband für die Dauer von 5 Jahren weiter

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

16. Tarife für das Schuljahr 2026/27

Die Fraktion „Grünes Hard“ stellt den Antrag auf Beschluss der Tarife für das Schuljahr 2026/27

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

„Die von den Ausschüssen Bildung und Finanzen zumindest mehrheitlich empfohlenen Tarife für Kinderbetreuungseinrichtungen für das Schuljahr 2026/27 werden in der vorliegenden Fassung von der Gemeindevertretung beschlossen.“

Begründung:

Die vorgeschlagenen Tarife wurden bereits in den zuständigen Fachausschüssen (Bildung und Finanzen) vorberaten und zumindest mehrheitlich empfohlen. Damit liegt eine fachlich und politisch vorbereitete Entscheidungsgrundlage vor.

Dringlichkeit:

Die zeitnahe Beschlussfassung ist dringend erforderlich, da die Anmeldefristen für Kindergärten und Kleinkindbetreuungseinrichtungen bereits verstrichen sind und betroffene Eltern bislang keine Klarheit über die künftig geltenden Tarife haben.

Gerade vor dem Hintergrund, dass die vorgesehenen Tarifanpassungen über eine bloße Indexierung hinausgehen, ist eine transparente und frühzeitige Information der Eltern unabdingbar. Die derzeitige Situation führt zu Unsicherheit und erschwert die finanzielle Planung der Familien.

Eine rasche Beschlussfassung und anschließende Veröffentlichung der Tarife ist daher geboten.

Ing. Georg Klapper berichtet, dass sich aufgrund entsprechender Recherchen sowie interner Abstimmungen, insbesondere auch mit dem Land und dem Gemeindeverband durch Amtsleiter Mag. Christian Mungenast, ergeben habe, dass für die gegenständliche Beschlussfassung die Gemeindevertretung zuständig sei.

Er informiert über den vorliegenden Antrag und hält fest, dass das Thema bereits im März im Bildungsausschuss behandelt worden sei. Die Eltern würden bereits auf eine entsprechende Information warten.

Der Antrag laute darauf, die vom Bildungsausschuss vorgeschlagenen und empfohlenen Tarife entsprechend anzupassen. Anschließend verliest er die vorgesehenen Änderungen und Tarife.

Ergänzend merkt er an, dass innerhalb der Fraktion Grünes Hard nicht alle Mandatarinnen und Mandatare dieser Empfehlung zustimmen würden. Dort würde teilweise die Ansicht vertreten, am Mindesttarif festzuhalten. Diese Haltung habe im Bildungsausschuss jedoch keine Mehrheit gefunden. Dennoch werde seitens der Fraktion die Empfehlung des Bildungsausschusses mitgetragen und liege diese Empfehlung nunmehr zur Beschlussfassung vor.

Marius Amann, MBA, ergänzt, dass der Bildungsausschuss mehrheitlich empfohlen habe, die Tarife in zwei Schritten auf den mittleren Korridor anzuheben. Zusätzlich weist er darauf hin, dass der Bildungsausschuss lediglich die Schulkindbetreuung während der Schulzeit behandelt und empfohlen habe. Über die Ferienbetreuung habe der Bildungsausschuss hingegen nicht debattiert.

Im Finanzausschuss sei die Ferienbetreuung jedoch ebenfalls thematisiert worden. Dort habe man sich darauf verständigt, die Erhöhung in der Ferienbetreuung in gleicher Weise vorzunehmen wie bei der Schulkindbetreuung im laufenden Jahr.

Weiters führt er aus, dass die Bildungstarife bereits seit Mitte März vorliegen würden und somit ausreichend Zeit bestanden habe, diese zu beschließen. Die Eltern hätten ihre Kinder bereits angemeldet. Die vorgeschlagenen Tarife seien sowohl vom Bildungsausschuss als auch vom Finanzausschuss jeweils mehrheitlich empfohlen worden.

Ing. Georg Klapper bedankt sich bei Marius Amann, MBA, für die ergänzenden Ausführungen und hält fest, dass ihm nicht sämtliche Informationen aus dem Bildungsausschuss vorgelegen seien.

Katrin Löschke bedankt sich bei Ing. Georg Klapper für die Vorbereitung des Antrags. Im Namen von Susanne Kainz sowie der Fraktion Grünes Hard erklärt sie, dass innerhalb der Fraktion noch Abstimmungsbedarf bestehe. Ihr selbst hätten die entsprechenden Zahlen bislang nicht vorgelegen. Sie ersucht daher um eine Sitzungsunterbrechung.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger unterbricht die Sitzung für eine kurze Beratung der Fraktionen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Mag. Herbert Motter, dass man in der Gemeinde Verantwortung wahrnehmen müsse, was auch im Zusammenhang mit dem aktuellen Budget stehe. Man habe sich diese Entscheidung schweren Herzens abgerungen, um eine weitere Verschlechterung der finanziellen Situation zu verhindern. Gemeinsam habe man entschieden, auch jene Punkte anzugehen, die weder leicht noch angenehm seien.

Nicht nur die Fraktion Grünes Hard habe bei diesem Thema Bauchschmerzen, dennoch müsse Verantwortung übernommen werden. Aus Gründen der wirtschaftlichen Sparsamkeit seien diese Entscheidungen notwendig und müssten getroffen werden. Abschließend beantragt er eine namentliche Abstimmung.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger bestätigt, dass auch seine Fraktion und er für niedrige Tarife bzw. kostenfreien Bildungszugang stehen, er selbst aber auch im Gegenzug aus Verantwortung zum Budgetmitbeschluss durch Zukunft Hard dem zustimme.

Abänderungsantrag:

Über die Tarife möge namentlich abgestimmt werden.

Die Abstimmung ergibt ein ausreichendes Quorum gemäß Gemeindegesetz.

Antrag: Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, die von den Ausschüssen Bildung und Finanzen mehrheitlich empfohlenen Tarife in der vorliegenden Fassung für Kinderbetreuungseinrichtungen für das Schuljahr 2026/27 zu beschließen.

Zukunft Hard

Vize-Bgm. René Bickel -	Ja - Zustimmung
MMag. Nadine Häusler-Amann -	Ja - Zustimmung
Mag. Herbert Motter -	Ja - Zustimmung
Benno Feldkircher -	Ja - Zustimmung
Bernd Hartmann -	Ja - Zustimmung
Besime Sahin -	Ja - Zustimmung
Bernd Immler -	Ja - Zustimmung
Andrea Kölbl -	Ja - Zustimmung
Marius Amann, MBA -	Ja - Zustimmung
Otmar Weissenbach -	Ja - Zustimmung
Michael Osti -	Ja - Zustimmung
RA Dr. Martin Kloser -	Ja - Zustimmung
Günter Truppe -	Ja - Zustimmung

Martin Staudinger – Mitanand für Hard

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger -	Ja - Zustimmung
Andrea Mairhofer -	Nein - Ablehnung
Kathrin Löschke -	Nein - Ablehnung
Dorothea Hammer -	Nein - Ablehnung
Natasa Dzehverovic -	Nein - Ablehnung
Urs Hämmerle -	Ja - Zustimmung
Eda Aykac -	Nein - Zustimmung
Mario Grisenti -	Ja - Zustimmung

Grünes Hard

Gabriele Büchele -	Nein - Ablehnung
Tanja Kopf -	Nein - Ablehnung
Karl-Heinz Bonetti -	Nein - Ablehnung
Gabriele Rohner -	Nein - Ablehnung
Ing. Georg Klapper -	Ja - Zustimmung
Benno Frischke -	Nein - Ablehnung

Mir Harder Freiheitliche

Ing. Johannes Reumiller -	Ja - Zustimmung
Günter Stoppel-	Ja - Zustimmung
Alexander Berchtold -	Ja - Zustimmung
Christine Brun -	Ja - Ablehnung

Ja für Hard

Oliver Kitzke -	Nein - Ablehnung
-----------------	------------------

NEOS

Christian Prossliner -	Ja - Zustimmung
------------------------	-----------------

Die Abstimmung ergibt eine mehrheitliche Zustimmung (22 Zustimmungen, 11 Gegenstimmen,)

17. Genehmigung der letzten Niederschrift

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger beantragt nachfolgende Änderungen zur bereits beschlossenen Niederschrift Nr. 01 vom 19.02.26:

Änderungswunsch Wortmeldung Thomas Götz (Bürger – Offene Frage):

„Thomas Götz erkundigt sich nach dem Verkaufsinserat der Poststelle in Hard und fragt nach, ob bereits bekannt ist, wie es mit dem Standort bzw. einer Nachfolge weitergeht.“

Im Protokoll ursprünglich festgehaltene Wortmeldung:

„Thomas Götz erkundigt sich nach der Zukunft der Poststelle in Hard und danach, wie es diesbezüglich weitergehe. Angeblich würde der bisherige Postpartner die Poststelle in Hard nicht mehr weiterführen.“

Michael Osti beantragt, dass dies nicht in der Verhandlungsschrift berücksichtigt beziehungsweise entsprechend geändert werde, auch wenn dies am Vortag in der Sitzung der Fraktionsobleute besprochen worden sei. Er habe die Angelegenheit heute nochmals mit dem juristischen Berater besprochen.

Gemäß § 47 Abs. 5 Gemeindegesetz heiße es, dass den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern das Recht zustehe, wegen Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Verhandlungsschrift mündlich oder schriftlich spätestens in der nächsten Sitzung Einwendungen zu erheben, worüber in dieser Sitzung zu beschließen sei. Werden keine Einwendungen erhoben, gelte die Verhandlungsschrift als genehmigt.

Das Gesetz nenne damit ausschließlich die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter als berechtigte Personen. Dies sei vom Gesetzgeber bewusst als Abgrenzungssignal so festgelegt worden.

Die Abstimmung ergibt eine mehrheitliche Ablehnung (32 Gegenstimmen, 2 Zustimmungen).

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, die Niederschrift Nr. 02 vom 26.03.2026 zu genehmigen.

Die Abstimmung ergibt eine einstimmige Zustimmung.

18. Allfälliges

Ing. Georg Klapper berichtet zum Projekt „Bregenzer Ach Unterlauf“, dass die Arbeiten weitergeführt würden, jedoch nicht in der ursprünglich angedachten Form. In einem nächsten Schritt sollen bei Kennelbach die Rampen abgeflacht und befestigt werden. Hintergrund seien unter anderem Schwierigkeiten für die Fische.

Er führt aus, dass Budgetmittel des Bundes derzeit vergleichsweise leichter für ökologische Maßnahmen als für Maßnahmen der Hochwassersicherheit zu erhalten seien. Daher würden zunächst weiter oben gelegene Rampen umgebaut. Die Umsetzung solle im Laufe des Jahres 2027 erfolgen.

Zu diesem Zweck bestehe seitens des Wasserverbandes der Wunsch, entsprechende Öffentlichkeitsveranstaltungen durchzuführen. Hierzu seien drei Terminvorschläge jeweils im Juni eingegangen. Er ersucht Bgm. Dr. Martin H. Staudinger um entsprechende Rückmeldung beziehungsweise Antwort und darum, bei der öffentlichen Veranstaltung teilzunehmen, da seitens des Wasserverbandes noch auf eine Rückmeldung gewartet werde.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger bedankt sich für den Bericht.

Gabriele Büchele erkundigt sich im Zusammenhang mit der letzten Sitzung, ob hinsichtlich des Feuerwehrhauses bereits Verhandlungen aufgenommen worden seien beziehungsweise ob das entsprechende Team bereits getagt habe.

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger erklärt, dass bislang noch keine Sitzung stattgefunden habe. Auch Bernd Immler werde Teil des Teams sein. Die Konstituierung werde demnächst erfolgen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, dankt Bgm. Martin Staudinger für die rege Teilnahme an der Sitzung der Gemeindevertretung und schließt diese um 21:27 Uhr.

Schriftführer

Amtsleiter Mag. Christian Mungenast

Dieses Dokument ist elektronisch unterschrieben.

Vorsitzender

Bgm. Dr. Martin H. Staudinger

Dieses Dokument ist elektronisch unterschrieben.